

NEUER HESSENPLAN

MIT INVESTITIONEN GESTALTEN

Die SPD-Fraktion fordert einen neuen Hessenplan, um Hessen fit für die Zukunft zu machen. **Thorsten Schäfer-Gümbel** nannte als Kernstücke eines neuen Hessenplans Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in eine moderne Mobilitätsinfrastruktur und in das hessische Bildungssystem.



„Hessen braucht bis 2020 jedes Jahr mindestens 37.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen. Gebaut werden höchstens 17.000 Wohnungen im Jahr. Die Lücke zwischen Bedarf und tatsächlichem Bau von Wohnungen muss geschlossen werden.“

Der SPD-Chef mahnte aktive Industriepolitik und Infrastruktur-

politik an, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. „Damit Hessen ein starkes Land bleibt, brauchen wir jetzt eine kluge, nachhaltige Politik, die Arbeitsplätze in Hessen erhält und neue schafft.“ Als Beispiel nannte er die Automobilindustrie, die erheblichen Anteil an der Wertschöpfung in Hessen habe: „Wenn sich das Elektroauto durchsetzt – und es wird sich durchsetzen – hat das gravierende Auswirkungen auf die Fahrzeugindustrie und die dort beschäftigten Menschen, die das Land politisch begleiten und mitgestalten muss.“

Im Bildungssektor müssten endlich größere Anstrengungen erfolgen, damit Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden. Auch die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen



FOTO: WIKIMEDIA

DIE HESSISCHEN DORFGEMEINSCHAFTSHÄUSER WAREN EIN WICHTIGER BEITRAG ZUR „SOZIALEN AUFRÜSTUNG DES DORFES“ DURCH DIE HESSENPLÄNE VON GEORG-AUGUST ZINN

Raum bleibe eine große Aufgabe. „Der Hessenplan von Georg-August Zinn hatte zum Ziel, die Menschen in Hessen zu einen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ein neuer Hessenplan dient demselben Zweck, indem er die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufnimmt. Die Erfolgsgeschichte Hessens zeigt: Reformpolitik ist möglich.“

ETAT 2017: CHANCEN VERSPIELT

Mit dem von Schwarz-Grün beschlossenen Landeshaushalt 2017 werden aus Sicht der SPD Chancen leichtfertig verspielt. Der finanzpolitische Sprecher



Norbert Schmitt hielt der Koalition vor, finanzielle Spielräume unzureichend zu nutzen: „Die ließen eine deutliche Steigerung bei den kommunalen Investitionen, beim preiswerten Wohnungsbau, eine Erhöhung der Mittel beim Straßenbau

und den Öffentlichen Personennahverkehr, ein echtes Sozialbudget, die Übertragung der Tariferhöhung auf die Beamtenbesoldung, mehr Ganztagschulen und sogar ein kostenloses Kindergartenjahr zu. CDU und Grüne wollen dieses jedoch partout nicht.“

Im Vergleich zur Vorgängerregierung habe Hessen nächstes Jahr 4,7 Milliarden Euro mehr an Einnahmen zur Verfügung. Das zentrale Problem des Landes seien seit einigen Jahren die unterlassenen Investitionen. Hessen lebe aufgrund



der Politik von CDU und Grünen von seiner Substanz. Im Straßenbau, im sozialen Wohnungsbau und bei den kommunalen Investitionen würden nicht einmal die Mittel in die Hand genommen, um den Substanzverlust aufzufangen.



DER RÜCKBAU DER ATOMKRAFTWERKE IN BIBLIS HAT BEGONNEN. ABER NOCH AUF JAHRZEHNTE WIRD DER ATOMMÜLL DORT GELAGERT UND BEWACHT WERDEN.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

ATOMKRAFT NOCH LANGE NICHT ABGEWICKELT

Den Rückbau der Atomkraftwerke in Biblis sieht **Norbert Schmitt** als wichtigen Schritt beim Ausstieg aus der Atomkraft. Er kritisierte aber, dass durch ein „völlig verkorkstes“ Informationsforum kein Vertrauensgewinn geschaffen wurde, sondern die Bürgerinnen und Bürger verunsichert seien. Die SPD begrüße zudem die angekündigte Rücknahme der Schadensersatzklage von RWE, die wegen der rechtswidrigen Stilllegungsverfügung erhoben wurde. „Am schon eingetreten Schaden in Höhe von 3 Millionen Euro für das Land Hessen ändert der Klageverzicht allerdings nichts.“



PLUS BEI LEHRKRÄFTEN

Mehr Lehrkräfte an den Grundschulen und deren bessere Bezahlung hat **Karin Hartmann** gefordert. „Die Grundschule legt den Grundstein für den künftigen Bildungs- und Lebensweg von Kindern. Grundschulen leis-



ten eine hervorragende Arbeit und schneiden bei internationalen Vergleichsstudien immer gut ab. Und dies, obwohl in keiner Schulform die Lehrkräfte mit so viel Zusatzaufgaben belastet wurden wie an Grundschulen.“ Die hohe Zahl an Überlastungsanzeigen und fehlende Bewerberinnen und Bewerber für Schulleiter- und Konrektorenstellen an Grundschulen seien Signale dafür, dass eine Entlastung notwendig sei. Hartmann hielt es für eine vernünftige Forderung, dass Grundschullehrkräfte künftig nach der Besoldungsstufe A13 bezahlt werden sollten.

MACHTWORT GEFORDERT

Nachdem der CDU-Bundestagsabgeordnete, Klaus-Peter Willsch, eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD in Erwägung gezogen hat, fordert die SPD ein Machtwort von Ministerpräsident Bouffier. „Ein Populist will offensichtlich mit anderen Populisten zusammenarbeiten“, sagte **Günter Rudolph**. Willsch habe eine schäbige Neiddebatte gegen Flücht-



linge angezettelt und spalte damit die Gesellschaft. „Er betreibt das Geschäft der Angstmache.“ Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Irmer sei immer scharf am rechten Rand und darüber hinaus unterwegs. Davon distanzieren sich Bouffier nicht, sondern loben Irmer vielmehr als prinzipientreu und gradlinig.

MIETPREISBREMSE NÖTIG

Für die Beibehaltung der Mietpreisbremse hat sich **Elke Barth** ausgesprochen: „Auch wenn die seit einem Jahr in Hessen geltende Mietpreisbremse noch Konstruktionsfehler hat, die zu beheben sind, befürwortet die SPD die Mietpreisbremse, die festlegt, dass bei Wiedervermietungen die Miete um maximal zehn Prozent angehoben werden darf.“ Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet werde bezahlbarer Wohnraum immer knapper, so dass selbst für den Mittelstand Wohnen unerschwinglich werde. „Es fahrlässig, ein solches Instrument gleich wieder fallen zu lassen.“



ZU WENIG HILFE BEI KONFLIKT

Als enttäuschend hat die frauenpolitische Sprecherin **Lisa Gnadl** das Schwangerschaftskonfliktgesetz bezeichnet, das mit den Stimmen von CDU und Grünen beschlossen worden ist. „Man hätte damit die Situation für die Beratungsstellen und für die betroffenen



Frauen erkennbar verbessern können. Schwarz-Grün beschränkt sich jedoch auf das Nötigste. Damit hat sie eine Chance für Frauen und Beratungsstellen vertan“, sagte Gnadl. Die Ratschläge von Sachverständigen seien überhört worden. Zwei Änderungsanträge der SPD, die darauf zielten, Frauen besser und schneller zu unterstützen und die Beratungsstellen besser zu fördern, wurden leider abgelehnt.

HALBHERZIGE TOILETTENPFLICHT

Die beschlossene Novelle des Gaststättengesetzes hat der wirtschaftspolitische Sprecher, **Tobias Eckert** kritisiert.

Es sei unzureichend, nur für neue Gaststätten eine Toilettenpflicht vorzuschreiben, bestehende Gaststätten aber davon auszunehmen.



„Der Kampf gegen das Wildpinkeln und für eine ausreichende Toilettenausstattung der hessischen Gastronomie ist abgesagt.“ Andere wichtige Themen wie die kostenfreie Toilettennutzung auch auf Autobahnraststätten oder echte Barrierefreiheit würden nicht geregelt.



FOTO: ROBERT KNESCHKE - FOTOLIA

MÖGLICHT SELBSTSTÄNDIGES LEBEN IM ALTER WILL DIE SPD-FRAKTION

PFLEGE: AMBULANTE WOHNFORMEN

Erhebliche Mängel sieht die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Daniela Sommer**, beim Hessischen Pflegegesetz, das von der CDU-Grünen-Koalition beschlossen worden ist. Insbesondere trägerorganisierte ambulante Wohnformen würden erschwert. Die SPD hatte beantragt, solche betreuten Wohnfor-



men nicht länger zu verhindern. Langfristig müssten für diese Form des Wohnens besondere Vorgaben gemacht werden. Sommer kritisierte darüber hinaus, dass die Umsetzung der Heimpersonalverordnung, aber auch der Heimmindestbauverordnung sowie der Heimmitwirkungsverordnung immer noch fehlten. Dies sei nicht hinnehmbar – auch nicht, dass das im Gesetz von 2012 verankerte Beschwerdetelefon bis heute nicht eingerichtet sei.

VERBOT ALS ERSTER SCHRITT

Das Verbot der Vereinigung „Die wahre Religion“ und der damit verbundenen „Lies!-Stiftung“ sieht die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Nancy Faeser**, als notwendigen ersten Schritt, um der wachsenden Gefahr durch radikalisierte Islamisten entgegen zu treten. „Das Verbot löst nicht das generelle Problem der Radikalisierung. Vielmehr müssen insbesondere die Präventionsmaßnahmen deutlich verstärkt werden. Für die SPD ist ein umfangreiches Präven-

tionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus essentiell.“ Das müsse umfangreiche Maßnahmen im Bildungsbereich, in der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendbildung, bei der Schulsozialarbeit sowie in der Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit vorsehen. Wesentlich sei auch die Arbeit mit und für die Angehörigen, Eltern und Opfern sowie die Vernetzung aller Beteiligten.



SCHLECHTE NACHRICHTEN FÜR PENDLER

Die Verzögerung beim Bau des Riederwaldtunnels und die im Bundesverkehrswegeplan 2030 erfolgte Rückstufung des Ausbaus der A 661 sieht der verkehrspolitische Sprecher, **Uwe Frankenberger**, als schlechte Nachrichten für die Pendler im Rhein-Main-Gebiet.



„Dass der sechsspurige Ausbau der A 661 nur noch als eine Maßnahme im weiteren Bedarf eingestuft wurde, ist für die angespannte Verkehrssituation rund um Frankfurt nicht förderlich. Der Ausbau wird damit auf keinen Fall vor dem Jahr 2031 realisiert. Es ist schon ein starkes Stück, dass Verkehrsmister Al-Wazir die Herabstufung aktiv betrieben hat.“

Die Verzögerung beim Bau des Riederwaldtunnels treffe die Pendler hart. Nachdem Minister Al-Wazir die bisherige Planung verworfen habe, sei klar, dass der Riederwaldtunnel auf keinen Fall vor 2025 fertig gestellt werde.



FOTO: STRANDGUT87, CC 4.0 INTERNATIONAL

DAS STÄDEL-MUSEUM IN FRANKFURT GEHÖRT ZU DEN KULTURELLEN HIGHLIGHTS IN HESSEN. ABER KULTURFÖRDERUNG MUSS AUCH STADTTEILE UND LÄNDLICHE RÄUME ERREICHEN.

NICHTS ZU „KULTUR FÜR ALLE“

Als Ansammlung von Presseerklärungen der vergangenen Jahre ohne jede politische Perspektive hat die SPD-Fraktion die Regierungserklärung von Kunstminister Boris Rhein zur hessischen Kulturpolitik gewertet.

„Sie haben keine einzige der für den Kultur- und Kunstbetrieb anstehenden Fragen angesprochen“, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Insbesondere die Kernfrage, wie der Anspruch „Kultur für alle“ realisiert werden könne, bleibe unbeantwortet. Die häufig unterfinanzierten Kleinkunsthäuser und die Kulturangebote in den Stadtteilen und auf dem Land seien außer Be-



tracht geblieben. Kein Wort auch zu den Kulturlogen, die ähnlich wie „Tafeln“ die Teilhabe an Kulturveranstaltungen für Menschen ermöglichten, die dazu keine finanziellen Möglichkeiten hätten. Die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler sei schwierig und das Land in der Pflicht, in seiner Verantwortung für die öffentlichen Kulturinstitutionen einen Beitrag zu Verbesserung zu leisten.

Der Minister müsse sich angesichts der Bedeutung des Buchmarkts für Hessen als Standort der Frankfurter Buchmesse und wichtiger Verlage zu den laufenden Debatten über das Urheberrecht und die Verwertungsgesellschaft Wort äußern. „Vor allem, weil die Union hier im Bund blockiert.“

LAND ZAHLT NUR DREI PROZENT

Begrüßt hat der SPD-Verkehrspolitiker **Uwe Frankenberger**, dass die Finanzierung der Verkehrsverbände RMV und NVV bis 2021 gesichert ist. „An der Finanzierungsvereinbarung, haben die Verkehrsverbände, die kommunalen Vertreter und die Landesregierung mitgewirkt. Der größte Teil des

Geldes kommt jedoch vom Bund, der kommunale Anteil zur Finanzierung ist fast sechsmal so groß wie der des Landes, der bei drei Prozent liegt. Von daher darf sich die schwarz-grüne Landesregierung am wenigsten dafür feiern lassen.“ Dringend notwendig sei ein Ausbau der Infrastruktur.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen

Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende

(verantwortlich)

Gerfried Zluga-Buck

Christoph Gehring

Martina Häusel-David

Valeska Fuhr